



1956

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 15. Juli 2006

117. Jahrgang Nr. 31.571



Argentinien-Europa,
seit 50 Jahren!

 **Lufthansa**

Erste Niederlage

Haager Gericht beschloss, der argentinischen Bitte nicht stattzugeben

Buenos Aires (AT/AG) - „Da es keine Beweise dafür gibt, dass die Zellulosefabriken in Fray Bentos einen nicht wiedergutmachbaren Schaden anrichten werden, wird entschieden, dass die Bauarbeiten nicht eingestellt werden müssen“, mit diesen Worten leitete die Vorsitzende des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen in Den Haag, Rosalyn Higgins, die Entscheidung ein. Mit 14 negativen Stimmen gegen eine positive lehnte der Haager Gerichtshof am Donnerstag die Bitte Argentiniens ab, den Bau der umstrittenen Fabriken zu stoppen. Argentinien, die am Haager Gericht eine Klage gegen sein Nachbarland Uruguay wegen der Zellulosefabriken eingereicht hatte, hatte darüber hinaus um dringliche Schutzmaßnahmen gebeten. Das Gericht gab der Bitte nicht statt, wies jedoch Argentinien auf das Recht hin, neue Klagen einzureichen.

Die uruguayische Regierung reagierte auf ihren ersten Erfolg bei der Streitsache erfreut, doch verhalten. Die uruguayischen Po-



In Erwartung der Entscheidung - die Bevölkerung von Gualeguaychú.

litiker zogen es vor, sich offen für einen Dialog mit Argentinien zu zeigen. Argentinien hatte Uruguay vorgeworfen, das bilaterale Abkommen über die Nutzung des Grenzflusses Uruguay verletzt zu haben. Uruguay habe Argentinien nicht rechtzeitig über den geplanten Bau von zwei Zellulosefabriken in Kenntnis gesetzt, die nach der offiziellen argentinischen Mei-

nung künftig große Umweltschäden anrichten würden. Uruguay hatte den Schaden bestritten und sich geweigert, in den privaten Sektor einzugreifen.

Die neue Staatssekretärin für Umwelt, Romina Picolotti, erklärte nach der Bekanntgabe der Entscheidung, das Haager Gericht habe „die Gelegenheit versäumt, die Menschheit auf das Problem

unseres Jahrtausends, und zwar auf das Trinkwasserproblem, hinzuweisen“. Sie hob gleichzeitig hervor, die Entscheidung enthalte auch positive Punkte, wie beispielsweise die Möglichkeit, in der Zukunft bessere Beweise für die umweltschädigenden Auswirkungen der Zellulosefabriken zu bringen. Das Gericht behielt sich das Recht, auch zu einem späteren Termin den Baustopp beziehungsweise die Verlegung oder den Abriss der Fabriken zu beschließen. Darüber hinaus machte das Gericht Uruguay für die möglichen Risiken des Weiterbaus verantwortlich. Nach dieser Entscheidung hofft Argentinien, dass die Kreditgeber der Zelluloseunternehmen ihre Kredite zurückziehen.

Währenddessen beschloss die Umweltschutz- und Bürgerbewegung aus dem argentinischen Nachbarort Gualeguaychú, die mit Straßensperren die Zufahrt zum Nachbarland monatelang blockiert hatte, eine Protestkaravane gegen die Entscheidung des Haager Gerichts.

Axel-Blumberg-Prozess

Zwei Jahre nach der Entführung beginnen die Gerichtsverhandlungen

Buenos Aires (AT/AG) - Zwei Jahre und drei Monate nach der Entführung und Ermordung von Axel Blumberg, die zu einer unerhörten Auflehnungswelle in der Gesellschaft geführt hatte, fand am Dienstag im Bundesgericht von Olivos, Vorort von Buenos Aires, die erste Gerichtsverhandlung statt. In dem Verfahren, das voraussichtlich drei Monate dauern wird, werden rund 190 Personen als Zeugen auftreten. Auf der Anklagebank befinden sich 16 Personen, darunter vier Minderjährige. Gegen die Verbrecherbande von Martín Peralta wird die Anklage erhoben, vier Entführungen organisiert zu haben. Zwei ehemalige Polizeikommissare werden beschuldigt, das Verbrechen verschleiert zu haben. Weitere Angeklagte sind zwei Autohändler, die die Bande mit gestohlenen Autos versorgten, und die Ehefrau des Bandenchefs, die wegen Geldwäsche strafrechtlich belangt wird.

Der Vater des 23-jährigen Axel, Juan Carlos Blumberg, hatte nach

unermüdlichen Bemühungen erreicht, dass die Straftat „Entführung“ in die Zuständigkeit der Bundesgerichte überführt wird. Darüber hinaus wurde ausnahmsweise der Bitte Blumbergs stattgegeben, als Kläger aufzutreten und die Gerichtsverhandlungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Juan Carlos Blumberg hatte nach dem Tod seines Sohnes die Bevölkerung zu mehreren Demonstrationen aufgerufen, bei welchen Tausende von Menschen eine Verbesserung der Sicherheitslage forderten. Weiter wurden auf Vorschlag von Blumberg eine Reihe von Strafen verschärft.

Am ersten Verhandlungstag wurde die Anklage vorgelesen, die knappe sechs Stunden in Anspruch genommen hatte. Am darauf folgenden Tag hatten die Angeklagten das Wort. Axel Blumberg war am 17. März in der Nähe des Einkaufszentrums „Unicenter“ in seinem Auto entführt worden. Nach Angaben der Entführer war ihr ursprüngliches Ziel das

Auto gewesen. Hätte Axel ein Handy oder Geld mit sich gehabt, wäre er sofort wieder freigelassen worden, lautete die schriftliche Erklärung von Peralta. Erschossen wurde Axel schließlich, weil er bei einem Fluchtversuch die Gesichter seiner Entführer gesehen hatte.

Die meisten Angeklagten verweigerten die Aussage. Der Angeklagte Gerardo Carmona erklärte hingegen, die Entführerbande gegenüber dem Staatsanwalt Jorge Sica noch vor der Ermordung von Axel identifiziert und auf ihren Aufenthaltsort hingewiesen zu haben. Gegen Carmona wird die Anklage erhoben, an einer anderen Entführung beteiligt gewe-

sen zu sein. Damals war er von der Polizei gefangen genommen und stand seitdem mit der Staatsanwaltschaft im Kontakt.

Juan Carlos Blumberg beschuldigte den Staatsanwalt Sica, durch einen schlecht vorbereiteten Polizeieinsatz die Übergabe des Lösegelds vereitelt zu haben. Sica habe nicht auf seine Bitte achtgegeben, zuerst seinen Sohn in Sicherheit zu bringen und dann erst die Verbrecherbande zu verfolgen. Am kommenden Dienstag werden nun die Mutter von Axel, María Elena Usonis, und ein Entführungsoffer aussagen.

PRO wieder einig

Macri und López Murphy stellen ihr Wahlprogramm vor

Buenos Aires (AT/AG) - Der Parteichef von „Verpflichtung zum Wechsel“ (Compromiso para el Cambio), Mauricio Macri, und der Leiter von „Wiedererschaffen“ (Recrear), Ricardo López Murphy, die sich vor der Parlamentswahl im Oktober vergangenen Jahres zu der Allianz PRO zusammengeschlossen hatten, bekräftigten am Dienstag erneut ihr Bündnis. Im Hinblick auf die Präsidentenwahlen im Jahr 2007 stellten sie ihr gemeinsames Programm vor. Ohne jetzt schon die Kandidaten für das Präsidentenamt, für den Regierungschef der Stadt Buenos Aires und für den Gouverneur der Provinz Buenos Aires zu bestimmen, erklärten

beide Politiker einstimmig die Sicherheit zu ihrem obersten Ziel.

Das vorgestellte Programm besteht aus zehn Punkten. An der ersten Stelle wird die Stärkung der republikanischen Werte betont, das heißt, die Achtung der drei Staatsgewalten. In diesem Sinne plädiert man für die Abschaffung der besonderen Vollmächte, die jedes Jahr dem Regierungschef verliehen werden, und für eine Reform des gerade umgestalteten Richterrats. Hinzu kommen die Förderung des Föderalismus und eine größere „Öffnung zur Welt“.

Weiterhin verspricht das Programm eine gerechtere Einkommensverteilung und die Verbes-

serung des Sozialsystems. Das heute geltende Modell der Sozialleistungen, das völlig undurchschaubar ist und bei welchem ein Teil der Bevölkerung nicht erfasst wird, soll vereinheitlicht werden. Mit nur zwei Prozent der Haushaltsgelder sollen alle Arbeitslosen mit Sozialhilfen ausgestattet werden. Beabsichtigt werden weiterhin die Investitionen in das Gesundheitswesen und in den Umweltschutz.

Ein erklärtes Ziel der Allianz PRO ist auch die Verbesserung der Sicherheitslage. Das Änderungsprojekt für das Strafgesetzbuch, das gerade von der Regierung ausgearbeitet wird und das „die Kriminellen auf freiem Fuß

lassen und die ehrlichen Bürger einsperren wird“, wurde von beiden Parteichefs scharf kritisiert.

Macri und López Murphy traten am Dienstag nach einer langen Zeit der Meinungsverschiedenheiten erneut zusammen in der Öffentlichkeit auf. Sie betonten dabei nicht nur ihren Zusammenhalt, sondern räumten auch einige Zweifel aus. Eine Koalition mit Ex-Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, ein eventueller Präsidentenkandidat, wurde zurückgewiesen. Im Bezug auf ein Bündnis mit dem Gouverneur der Provinz Neuquén, Jorge Sobisch, Erzfeind von López Murphy, schlug Macri ebenfalls vorsichtiger Töne an.

WOCHENÜBERSICHT

Briten lehnen Verhandlungen ab

Großbritannien lehnte ein weiteres Mal ab, mit Argentinien wegen der Hoheitsrechte über die Malvinen-Inseln zu verhandeln. Das britische Außenministerium entsandte am Montag ein offizielles Schreiben an die Vereinten Nationen und an die Organisation Amerikanischer Staaten, in denen erneut betont wird, die Verhandlungen seien nur in dem Fall denkbar, wenn die Inselbewohner sie wünschen. Das ist die offizielle Antwort auf die Bemühungen Argentiniens in den letzten Monaten, für Unterstützung bei den internationalen Organisationen zu werben. Zuletzt hatte Außenminister Jorge Taiana Mitte Juni vor dem Entkolonialisierungsausschuss der UNO gefordert, Großbritannien möge sich zu Verhandlungen bereit zeigen.

Videlas Haft

Ex-Diktator Jorge Videla, der die vorbeugende Haft unter Hausarrest verbringt, könnte unter Umständen freigelassen werden. Das nationale Kassationsgericht für Strafverfahren setzte am Mittwoch die Entscheidung des Bundesge-

richts der Stadt Buenos Aires außer Kraft, das die Freilassung Videlas abgelehnt hatte. Das Kassationsgericht wies die Argumente des Bundesgerichts zurück und forderte eine bessere Begründung, auf welche Weise Videla die Untersuchungsarbeit im Verfahren über den Condor-Plan verhindern oder stören könnte. Die Anwälte des 81-jährigen Videla hatten seine Freilassung aus gesundheitlichen Gründen beantragt.

Strafrecht keine Priorität

Justizminister Alberto Iribarne kündigte am Dienstag an, die Ausarbeitung des Änderungsprojekts für das Strafgesetzbuch wird noch mindestens zwei Jahre dauern. „Das Projekt gehört nicht zu den Prioritäten der Regierung“, erklärte Iribarne. Zu dem umstrittenen Projekt, das das seit 1921 geltende und mehrfach geänderte Strafgesetzbuch modernisieren und vereinheitlichen soll, gehören solche Fragen wie die Legalisierung der Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten, die Zulassung des Drogenbesitzes für Eigengebrauch, die Abschaffung der lebenslänglichen Haft und ein

eventueller Straferlass für Euthanasie. Der Richter des Obersten Gerichtshofes, Raúl Zaffaroni, erklärte, die Reform sei dringend nötig, müsse jedoch gut vorbereitet werden.

Villa geräumt

Die Regierung der Stadt Buenos Aires räumte am Donnerstag zum ersten Mal seit 70 Jahren ein Elendsviertel. Mithilfe der Kräfte der Ministerien für Menschenrechte und für den Öffentlichen Raum wurden am Donnerstagmorgen über 80 Familien umgesiedelt, die sich vor etwa zehn Jahren auf einem freien Gelände am Fluss Río de la Plata in der Nähe des Campus der Universität Buenos Aires (UBA) niedergelassen hatten. Die Sozialarbeiter der Stadt hatten über ein Jahr mit den Familien gearbeitet und sie zum Kauf eines Geländes in der Provinz Buenos Aires sowie zur Errichtung von Eigenhäusern mit der staatlichen Unterstützung überzeugt. Regierungschef Jorge Telerman erklärte, die Stadt würde nach und nach alle Elendsviertel umsiedeln oder ausbauen.

Rektor-Kandidat

Alberto Boveris, Dekan der pharmazeutischen und biochemischen Fakultät, ist der neue Kandidat für das Rektorat der Universität Buenos Aires (UBA). Der Großteil des Universitätsrats, der den umstrittenen Atilio Alterini bis zu seinem Rücktritt unterstützt hatte, einigte sich am Mittwoch auf einen neuen Kandidaten. Die Rektorwahl, die bereits viermal von den Studenten verhindert worden war, soll am kommenden Montag stattfinden. Boveris, der voraussichtlich mit 135 der insgesamt 236 Stimmen zählen kann, hat die größten Chancen, der neue Rektor zu werden.

Problemfluss Riachuelo

Die Ufer des hochverschmutzten Flusses Riachuelo sollen gereinigt werden. Die Nationalregierung kündigte die Investition von 2,3 Millionen Pesos an, um die Strecke zwischen dem Bezirk Esteban Echeverría und der Flussmündung sauber zu machen. Weiterhin sollen die Strecken zwischen den Brücken La Noria und Alsina sowie zwischen Puente Bosch und der Schiffswerft Alianza gereinigt werden. Allerdings

wird nur die Provinzseite des Flusses aufgeräumt. Die Maßnahmen werden ergriffen, nachdem der Oberste Gerichtshof die Nation, die Provinz und die Stadt Buenos Aires dazu aufgefordert hatte, einen Sanierungsplan für den Fluss auszu-arbeiten.

Containerschulen abschaffen

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts muss die Stadt Buenos Aires bis zum Anfang des nächsten Schulsemesters alle Container abschaffen, die von den öffentlichen Schulen als Un-

terrichtsräume benutzt werden. Der Richter Fernando Juan Lima forderte weiterhin die Stadt auf, 21 Schulgebäude bis zum Beginn des neuen Schuljahrs auszubessern. Der Entscheidung war eine Klage von José Iglesias, Vater eines Brandopfers in der Disko

„Cromañón“ vorausgegangen. Das Bildungsministerium der Stadt erklärte, alle genannten Schulen würden gerade renoviert und es gebe im Moment lediglich eine Schule, die Container zum Unterricht verwenden.

(AT/AG/cal)

Die Werte der Argentinier

Was Argentinier über sich selber, die Nation und die Beziehung zur Welt denken, ist stets Gegenstand tiefgründiger Überlegungen und Analysen, deren Aussagen meistens umstritten sind. Moderne demoskopische Ermittlungen erlauben Annäherungen nach regelmässigen Umfragen, die in mehrjährigen Abständen erhoben werden. Werte, anders als Meinungen, schwanken nur langfristig.

Solche Umfragen wurden im letzten Jahrzehnt mehrmals von einem demoskopischen Institut (World Values Survey WVS) durchgeführt, in Argentinien vom bekannten Gallup-Institut unter der Leitung von Marita Carballo. Die Ergebnisse der Erhebungen ab 1984 in den Jahren 1991, 1995 und 2000 werfen einiges Licht auf die Werte der Argentinier, anders als ihre Ansichten und Meinungen über bestimmte Probleme der Tagespolitik.

Zunächst konnte festgestellt werden, dass die Argentinier mehrheitlich nicht böse auf ihr Land sind. Neun von zehn waren 1999 sogar stolz, 2002 nach der Krise acht von zehn. Der Weltdurchschnitt liegt bei magere 57 Prozent. Brasilien, Chile und die USA ähneln Argentinien in ihrem Heimatverständnis.

Nachdem sich 85 Prozent der Argentinier für die Demokratie als die beste Regierungsform geäussert haben, mehr als in Brasilien und Chile, hapert es deutlich mit der Achtung vor den Institutionen. Weniger als zehn Prozent trauen den drei Gewalten im Staat, gegen 20 bis 30 Prozent in Lateinamerika. Die allgemeine Politikverdrossenheit spiegelt sich in diesen Prozenten wider. Trotzdem akzeptieren die meisten Argentinier starke Führungen und halten wenig vom Kongress.

Acht von zehn Argentinier empfinden hohe Korruption und miserable Staatsverwaltung als Kennzeichen der Regierung, der sie unterstellen, vornehmlich zugunsten weniger Personen zu agieren und wenig zu tun, um die Armut zu beheben. In der Folge muss es nicht Wunder nehmen, dass sich nur die wenigsten für die Politik interessieren, anders als für private Organisationen, die sich auf Sozialhilfe speziali-

sieren. Trotzdem neigen ebenfalls acht von zehn Argentinern zu graduellen Verbesserungen im Konsens und ohne Gewalt, der 85 Prozent negativ gegenüber stehen. Allerdings sind 15 Prozent gewaltgeneigte Argentinier sicherlich ein bedeutendes politisches Problem, wenn man sich vor Augen hält, wieviel Unheil mehrere tausend Gewalttätige in einer Gesellschaft anrichten können wie weiland in Argentinien vor dreissig Jahren.

Die Arbeit wird von 95 Prozent der Argentinier positiv eingeschätzt, ebenso wie in Brasilien und Mexiko und fühlbar höher als der 65prozentige Weltdurchschnitt. Eigenartig erscheint der geringe Anteil von nur 38 Prozent, der die Entlohnung für effiziente Leistung gut heisst, wogegen 57 Prozent sich für höhere Entlohnung bei besserer Produktivität ausspricht und 73 Prozent für Arbeitsanreize zu haben ist. Diese Aussagewerte sind widersprüchlich.

Die obwaltende Unsicherheit führt offenbar dazu, dass 83 Prozent der Befragten Vorsicht im Umgang mit Menschen empfehlen und 52 Prozent von Misstrauen beseelt sind, da sie annehmen, dass man sie betrügen will. Andererseits diskriminieren die Argentinier nicht wegen Religion, Rasse oder Ideologie, sondern fürchten nur die Gefahr, der sie im Umgang mit Menschen ausgesetzt seien. Deshalb flüchten die Argentinier in ihren engen Familien- und Freundeskreis.

Familie, Ehestand und Freunde geniessen in Argentinien hohe Werte, mehr als in Brasilien und Chile. Neun von zehn Argentinern sind der Ansicht, dass Kleinkinder Vater und Mutter brauchen, obwohl 59% ledige Mütter tolerieren. Ganze 88 Prozent meinen, dass beide Ehegatten zum Haushalt beitragen sollen.

Vier von zehn Argentinern praktizieren ihre Religion regelmässig, die anderen gelegentlich oder gar nicht. Das zeigt eine geringe Neigung zur offiziellen Liturgie der einzelnen Kirchen. Die Religiosität manifestiert sich deutlicher in einer persönlichen Beziehung zu Gott. Sieben von zehn Argentinier beten regelmässig oder meditieren.

Die erwähnten Umfrageergebnisse decken sich weitgehend mit der Perception, die Argentinier allgemein von sich selbst zum besten geben und die Ausländer vielfach überrascht, wenn sie Argentinien besuchen und in Kontakt mit den Menschen kommen. Man kennt seine Fehler und traut den Politikern nicht über den Weg, liebt aber trotzdem das Land, ist tolerant und allgemein freundlich im Umgang, sofern keine Gefahren von Überfällen, Erpressungen und Entführungen drohen, die die Gesellschaft seit Jahrzehnten verängstigen.

Randglossen

Wie erwartet, hat der Haager Gerichtshof das argentinische Anliegen einer einstweiligen Verfügung zwecks Einstellung des Baus der beiden Zellstofffabriken in Fray Bentos abgelehnt. Elf Richter mit der einzigen Gegenstimme des argentinischen „ad hoc“ Richters äusserten im Spruch ihre Meinung, Argentinien habe nicht beweisen können, dass der Bau der Fabriken umweltschädlich sei. Ob die Fabrikation von Zellstoff später Schäden für Argentinien herbeiführe, müsse gelegentlich bewiesen werden, in welchem Fall Argentinien abermals in Den Haag vorstellig werden könne. Unterdessen schreitet der Prozess weiter, in dem Argentinien die Nachbarregierung verklagt, weil sie bilaterale Verträge verletzt habe. Die aufrührerischen Nachbarn von Gualeguaychú haben vorerst darauf verzichtet, wie früher die Strassen und Brücken zu sperren, was sicherlich zu vermeiden ist. Unschuldige Passanten dürfen nicht bestraft werden.

Anders als in zahllosen sonstigen öffentlichen Erklärungen hat sich Präsident Kirchner freundlich und zahm gezeigt, als er abermals zur Jahresfeier der Börse von Buenos Aires erschien. Die Börse vertritt nicht nur die Gesellschaften, deren Aktien dort gehandelt werden, sondern auch mehrere Produktenbörsen, woher sie ihren repräsentativen Charakter für Produktion und Dienste ableitet. Kirchner pflegt freundliche Beziehungen zur Börse und unterlässt bissige Angriffe gegen allerlei angenommene Feinde und Bösewichte, wenn er in der Börse auftritt, derzeit mit dem dritten Vorsitzenden in Folge seit Kirchners Amtsantritt. Freundlich sein, kostet nichts und bringt Beifall ein.

Krankenstation in Bajo Boulogne eröffnet

Buenos Aires (AT/cal) – Die Krankenstation und das neue Gebäude für Lehrveranstaltungen im Elendsviertel Bajo Boulogne – nördlicher Vorort von Buenos Aires – sind fertiggestellt. Am Dienstag wurden die neuen Anlagen des Projekts „San Pantaleón“ bei einer Feier eröffnet und der Bevölkerung übergeben. Anwesend waren Vertreter der drei Hauptsponsoren des Projekts: die deutsche Stiftung „Apotheker ohne Grenzen“, die Fundación „Bunge y Born“ und die Deutsche Botschaft.

Die Krankenstation ist mit mehreren Behandlungszimmern und einer Apotheke ausgestattet. Rund 5000 Patienten können da behandelt und mit Arzneien versorgt werden. Im neuen Gebäude für Lehrveranstaltungen stehen künftig Räumlichkeiten für verschiedene Aus- und Weiterbildungskurse für die Bewohner des Viertels zu Verfügung. Hier sollen EDV-Kurse erteilt, die Ausbildung zum Elektriker ermöglicht werden und eine Näherwerkstatt für Frauen entstehen.

Die Kosten des Projekts „San Pantaleón“ sind rund 250 000 Pesos.

AUSFLÜGE UND REISEN

Argentinien Shoppings führen in Versuchung

Streift man durch die Straßen von Montevideo, kann man in den dortigen Reiseagenturen folgende Schilder lesen: „Kommendes langes Wochenende - Preisgünstiger Ausflug nach Buenos Aires - Virgen de Luján - Outlets in Munro - Unicenter Shopping“.

Die Jungfrau von Luján wird von unseren Nachbarn genau wie bei uns als Schutzpatronin verehrt und ist vielen eine Wallfahrt wert. Die Outlets bzw. Ramschgeschäfte in Munro bzw. das Parque Brown Factory Outlet in Villa Soldati werden vor allem wegen der wohlfeilen Einkaufsmöglichkeiten von Haushaltsgeräten und Kleidung geschätzt. Und ein Streifzug durch das Unicenter mit seinen eleganten Boutiquen und feinen Speisedielen ist schließlich die Krönung des Ausflugs, wo

man in klimatisiertem Ambiente und in absoluter Sicherheit stundenlang flanieren und Spezialitäten oder letzte Mode shoppen kann. Hier gibt es 320 Lokale und stehen 4650 Parkplätze bereit für monatlich über zwei Millionen Kunden.

Das Unicenter wird dank seiner Größe und Vielfältigkeit des Angebots von vielen bevorzugt, doch es gibt andere Einkaufszentren, die ihm architektonisch nicht nachstehen, so vor allem die Galerías Pacifico - inspiriert an den Pariser Galeries Lafayette und Le Printemps Hausmann, auch dem Londoner Harrod's -, oder die Shoppings Abasto oder Spinetto in der Bundeshauptstadt. Sie haben einen ähnlichen Stil wie einst die Grandes Tiendas Gath & Chaves oder Harrods, kommen jedoch in einem modernen Outfit daher und zeichnen sich darüber hinaus ausnahmslos durch hohe Sicherheitsstandards aus.

Buenos Aires hat sich seit Ende der 80er Jahre in Südamerika einen Ruf als Einkaufsmagnet wie kaum eine andere Landesmetropole erworben. Und in der Tat gibt es in dieser Hinsicht quasi für jeden etwas. Die Bundeshauptstadt besitzt heute ein Dutzend großer Shoppings, vom Plaza Liniers übers Alto Palermo bis zum Solar



Galerías Pacifico, Florida Ecke Córdoba.

de la Abadía in Belgrano.

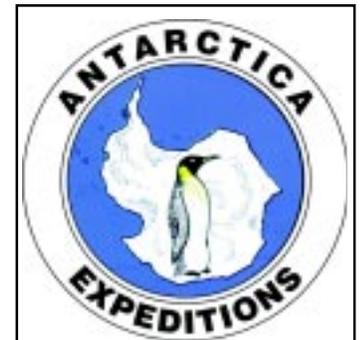
In den Vororten findet der Interessierte 14 Kaufhäuser, vom Au-chañ Quilmes und Alto Avelaneda übers Nine Shopping in Moreno bis zum eleganten Nordelta Centro Comercial.

Und schließlich gibt es 20 Einkaufspaläste im Landesinneren, vom Alto NOA Shopping in Salta und dem Posadas Shopping Plaza über das Portal de los Andes in Mendoza bis hin zum Portal de Madryn in Puerto Madryn. Auch Córdoba, Santa Fe, Rosario, Mar del Plata und Bahía Blanca besitzen Einkaufszentren dieses Typs. Sogar eine wirtschaftlich bedeutende Provinzstadt wie Venado Tuerto wartet mit dem Patio Casey als wichtige Einkaufsgalerie auf.

Diese gepflegten Malls gewinnen zunehmend an Bedeutung auch als Devisenquelle, denn nicht

nur Uruguayer und Paraguayer überqueren zu Einkaufstouren die Grenzen, sondern auch wohlhabende Bolivianer (nach Salta) und Chilenen, die die beiden Einkaufszentren in Mendoza sowie ein weiteres in Neuquén (Portal Patagonia) aufsuchen, um sich mit dem Gewünschten oder Erträumten einzudecken. Darüber hinaus kommen auch häufig Besucher aus Sao Paulo, Rio und Lima, um hier zu bummeln und einzukaufen - Buenos Aires ist in dieser Hinsicht ein nahezu unwiderstehlicher Magnet.

Marlú



Abfahrten von Ushuaia, Argentinien von November bis März
 11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten
 info@antarcticacruises.com.ar
 www.antarcticacruises.com.ar
 Tel.: +54.11.4806.6326
 Fax: +54.11.4804.9474
 Evtl Leg. 4552 disposición 597/97

Flyer
Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.04447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
 www.flyer-de.de

Brustkrebsvorsorge mit CTLM

Buenos Aires (AT/SF) - Im Rahmen eines vom "Instituto de Diagnóstico de Alta Complejidad (IAMA)" organisierten Symposiums stellte Dr. José Cisneros ein neuartiges Gerät zur Früherkennung von Brustkrebs vor. Der CTLM (Tomografía Computada Láser de Mama) genannte Apparat - einzigartig in Argentinien - nimmt eine Laser-Tomographie der Brust vor, die die Unannehmlichkeiten und Ungenauigkeiten (etwa bei sehr kleinen Tumoren) der normalen Mammographie vermeidet und die Patientinnen keinerlei Strahlung aussetzt. Der CTLM, der auch bei Frauen mit Brustimplantaten eingesetzt werden kann, befindet sich im IAMA. Ein Vorgespräch und die ärztliche Diagnose sind kostenlos. Informationen: consulta@iamaonline.com.ar oder Tel.: 4962-0990.

Kunst im Grünen

Miguel D'Arienzo's Museum MADA im Tigre-Delta

Buenos Aires (AT/sus) - Drei kunterbunte Blechhäuser spiegeln sich im Wasser des Schwimmbeckens. Grauweiß gefleckte Enten reckeln sich in der Sonne am Teich. Ein weißer Holzsteg führt über den Rasen bis ans Ufer des Flusses Luján, und eine Sitzckecke lädt zum Verweilen ein. Klingt nach dem perfekten Ort, um dem Stadtlärm zu entfliehen und die Natur zu genießen. Und dabei muss der Stadtmensch nicht einmal auf Kulturelle verzichten. Das Gegenteil ist der Fall. Die im Tigre-Delta gelegene Grünanlage ist Teil des MADA, des "Museo de Arte en el Delta Argentino", mit dem der Künstler und Architekt Miguel D'Arienzo ein außergewöhnliches Projekt auf die Beine gestellt hat.



Ziel ist es, vor allem Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihr Bewusstsein für die Kunst zu entwickeln. Daher der für eine Ausstellung etwas ungewöhnliche Ort. Die spielerische Verbindung von Kunst, Natur sowie Architektur und die farbenfro-

he Gestaltung des Anwesens soll es Kindern und Jugendlichen erleichtern, Gefallen am Besuch von Ausstellungen zu finden und sich für die dortigen Objekte zu interessieren.

Die bunten, auf Stelzen stehenden Blechhäuser sind 14 Meter lange Ausstellungshallen, in denen Skulpturen, Collagen und natürlich Gemälde untergebracht sind. Die dritte Halle beherbergt Plastiken und Bilder in ihrer Entstehungsphase. Denn dort befindet sich D'Arienzo's Atelier. Selbst im Wohnhaus, das sich über eine Brücke an die Ausstellungshallen anschließt, präsentiert der in Buenos Aires geborene Künstler sei-

ne Malereien. Und nicht zuletzt wurde sogar der Garten des Anwesens zur Ausstellungsfläche umfunktioniert und mit Skulpturen aus Holz, Metall und Eisen bestückt.

Dass Kunst nicht langweilig und nur etwas für Erwachsene ist, können nun selbst die Kleinsten jeden Freitag von 10.00 bis 17.00 Uhr erleben. Dann sind die Tore des Anwesens für alle Interessierten zum kostenlosen Besuch geöffnet.

Schulklassen können unter Tel. 4728-0538 einen Termin vereinbaren (unter der Nummer kann

man eine Nachricht hinterlassen), oder ein E-Mail an mada@mada-darrienzo.com.ar schicken.

Die Adresse des MADA lautet: (Anlegestelle) Muelle 1, Río Luján, Partido de Tigre, Prov. Buenos Aires. Für die ca. 5-minütige Bootsfahrt von der Linienbootstation Tigre (Nähe Zugstation) stehen die Wasserfahrzeuge der Lanchas "Jilguero" (Tel.: 4749-0987) oder der Lanchas "Taxi Tigre" (Tel.: 4749-1896) zur Verfügung.

Nähere Informationen findet man auf der Webseite des MADA: www.mada-darrienzo.com.ar.

Oscar Moro gestorben



Buenos Aires (AT/SF) - Eine der wichtigsten Persönlichkeiten des argentinischen Rock, der Schlagzeuger Oscar Moro, ist am Dienstag in seinem Haus im Stadtteil Palermo im Alter von 56 Jahren gestorben. Am 24. Januar 1950 in Rosario geboren, begann er seine Musikerkarriere als Mitglied von Lito Nebbias „Los Gatos“. Als Schlagzeuger der legendären Gruppe Serú Girán (mit

Charly García, Pedro Aznar und David Lebón) legte er in den 70er Jahren den Grundstock zu seinem Ruhm. Mit García hatte Moro zuvor schon in der berühmten Formation „La Máquina de Hacer Pájaros“ gespielt. Mit Serú Girán schrieb Moro Rock-Geschichte. Nach der Auflösung der Band nahm er mit dem uruguayischen Bassisten Beto Satragini ein Album auf. Pappo lud Moro 1985 ein, bei seiner Band „Riff“ mitzumachen, mit der er zwei Alben einspielte. Als Schauspieler agierte Moro in „Peperina“ (1995) von Raúl de la Torre und „Hasta que se ponga el sol“ (1973) von Aníbal Uset. Der in Rock, Jazz, Folklore, Blues, Hardrock, Beat und Candombe gleichermaßen versierte Musiker arbeitete unter anderem auch mit León Gieco, Porsuigieco, Sui Generis, und als gefragter Studiomusiker mit Alejandro Lerner, Billy Bond, Fabiana Cantilo und vielen anderen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,10. Die Rofex-Terminkurse betragen zum 31.7. \$ 3,088, 31.8. \$ 3,099, 2.10. \$ 3,111, 31.10. \$ 3,124, 30.11. \$ 3,136 und 2.1.07 \$ 3,146.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswochen zum Donnerstag um 4,1% auf 1.644,03, der Burcapindex um 4,5% auf 5.748,98 und der Börsenindex um 3,2% auf 79.421,65.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswochen um 1,7% auf \$ 2,200.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 10.7.06 US\$ 26,00 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 51,73 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 25,68 Mrd. bzw. \$ 50,31 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 24,80 Mrd. bzw. \$ 48,91 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 23,48 Mrd. bzw. \$ 41,57 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 11.7.06 122,7%.

Oscar Carreras, Geschäftsführer des Milchverarbeitungsunternehmens Sancor, hat bestätigt, dass die Firma bereit sei, einen Partner aufzunehmen, wie es die IFC (die Weltbankagentur für Privatfinanzierung) empfohlen hatte, als Bedingung, um u\$ 196 Mio. umzuschulden.

Eine Delegation des Wirtschaftsministeriums, geleitet vom Staatssekretär für Wirtschaftspolitik Oscar Tangelson, hat am Donnerstag bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) einen Reformvorschlag eingereicht. Der Vorschlag bezieht sich einmal auf eine Verbesserung der Effizienz der Bank (was mit niedrigeren Kosten bei der Kreditgewährung verbunden ist), dann darauf, dass

die Kredite vornehmlich auf Infrastrukturprojekte konzentriert werden (letztes Jahr waren 50% der Kredite für soziale Zwecke bestimmt), und schliesslich, dass sie auch für die Verbesserung der Kontrolle der Staatsausgaben bestimmt werden.

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass der Unterschied zwischen dem Einkommen von 10% der ärmsten und 10% der reichsten Einwohner gestiegen ist. Im 4. Quartal 05 verdienten die Reichen 32 Mal so viel wie die Armen, und im 1. Quartal 06 36 mal so viel. Der Gini-Index, der die allgemeine Einkommensverteilung misst, ist von 0,485 auf 0,494 gestiegen, wobei die Ungleichheit umso grösser ist, je höher die Indexzahl ist. Dennoch weist die Einkommensverteilung seit dem Tiefpunkt der Krise, im 3. Quartal 05, als die Reichen 56 Mal so viel wie die Armen verdienten, eine Besserung auf.

Alto Palermo, das Unternehmen der Elzstain-Gruppe, das verschiedene Shopping-Centers in der Bundeshauptstadt betreibt, hat den Shopping-Center der Roggio-Gruppe in Córdoba gekauft, der eine Fläche von 5.000 qm bedeckt und 160 Lokale hat.

Nachdem die Firma Chevron die Erdölgeldern an die Provinz Neuquén in Erdöl statt in bar bezahlen wollte, hat die Provinzregierung vor der Justiz Einspruch erhoben und den Fall sofort gewonnen, so dass Chevron jetzt wie üblich zahlen muss. Dabei bleibt der Konflikt über die Berechnungsgrundlage offen, wobei die Firma die Gebühren auf den lokalen Preis zahlt und die Provinz fordert, dass sie auf den internationalen Preis berechnet werden.

Die privaten Rentenkassen (AFJP) wiesen im Juni eine jährliche Rentabilität der von ihnen verwalteten Fonds von durchschnittlich 20,63% auf. Am besten schnitt Maxima mit 21,46% ab, gefolgt von Met mit 21,4%, Origenes mit 21,07 und Consolida mit 20,94%.

Die Regierung der Provinz Córdoba teilt mit, dass das Unternehmen Materfer, das sich bisher der Fabrikation und Reparatur von Eisenbahnwaggons gewidmet hat,

jetzt Omnibusse erzeugen soll, wofür eine Investition von u\$ 21 Mio. vorgesehen ist. Zunächst sollen 500 Einheiten jährlich hergestellt werden.

Die Beschäftigungsumfrage des Arbeitsministeriums (EIL, Encuesta de Indicadores Laborales) hat ergeben, dass die formelle Beschäftigung bei Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern im Mai um 8,2% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,4% gegenüber April gestiegen ist. Die höchste Zunahme registriert die Bauwirtschaft, mit 21,9%, bzw. 1,9%. In 12 Monaten wurden somit 330.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, und in einem Monat 16.000.

Die Firma Bisignano, mit Betrieb in Santa Fé, die automatische Abfüll- und Verpackungsanlagen für Lebensmittel erzeugt, hat eine neue Fabrik in San Carlos Centro, Provinz Santa Fé, in Betrieb genommen. Gleichzeitig hat sie 2 Anlagen schlüsselfertig exportiert, eine nach Mexiko und die andere nach Guatemala.

Der Export von Geflügelfleisch lag in 5 Monaten 06 mit 27.275 t für u\$ 35,6 Mio. mengenmässig um 9% und wertmässig um 18% über dem Vorjahr.

Planungsminister De Vido bestätigte, dass die höheren Ausgaben für den Import von Gas aus Bolivien, die infolge der jüngsten Preiserhöhung entstanden sind, auf den Gasexport nach Chile abgewälzt werden, was eine Preiserhöhung von 35% mit sich bringt. Der Preis wird von u\$ 2 je Mio. BTU auf u\$ 2,70 erhöht. Die Preiszunahme tritt am 15. Juli in Kraft. Gegenwärtig exportiert Argentinien insgesamt 16 Mio. cbm. von denen 97% für Chile bestimmt sind. Da vorläufig der Import aus Bolivien etwa ein Drittel des Exportes darstellt, konnte der Exportpreis weniger als der Importpreis erhöht werden.

Der Hafenbetreiber ICTSI (International Container Terminal Services Inc.), mit Sitz in Miami, hat eine Investition von u\$ 170 Mio. in einem Zeitraum von 10 Jahren im Hafen von Buenos Aires angeboten, sofern das Unternehmen die Ausschreibung für einen Teil des Hafens gewinnt. Das Projekt sieht die Gewinn-

LOS HORNILLOS - TRASLASIERRA - CORDOBA - ARGENTINIEN

HOSTERIA ALTA MONTAÑA „su verdadero lugar de descanso“

Ein Haus mit Tradition und Erfahrung in deutscher Gastronomie und Hotelservice, bietet Ihnen: 17 freundliche Zimmer mit WC/D, Frühstücks-Buffet, Abendessen in herrlicher Berglandschaft (1100 mt. hoch) mitten in der Natur der Cordoba Berge. Tennis, Schwimmbad, Wandern, Nordic-walking, Bergsteigen, Massage mit Aroma-Therapie zu Ihrem Wohlssein und Wohlbleiben, in idyllischer, ruhiger Atmosphäre. Reiten und Golfen in unmittelbarer Nähe.

Kinder sind herzlich willkommen

Wir sind alle persönlich für Sie da!!

Besuchen Sie unsere web www.hosteriaaltamontania.com

e-mail: altamontania@vnet.com.ar

Tel: 0054-3544-499009 / 499319

nung von 43 ha. auf dem Fluss vor, mit 900 Metern zusätzlicher Docks, einer Tiefe von 40 Fuss, sechs zusätzlichen Kranen Typ post Panamax und einer Kapazität für 1,2 Mio Teus (Containereinheiten von 20 Fuss) jährlich vor. Der ganze Hafenkomples von Buenos Aires, einschliesslich Exolgan, hat gegenwärtig eine Kapazität von 1,3 Mio. Teus, so dass es sich hier fast um eine Verdoppelung handelt.

Energiesekretär Daniel Cameron teilte mit, dass für die Tankstellen, die sich in der Nähe der Grenze befinden, ein höherer Preis für Dieseltreibstoff und Benzin für Kfz. gelten wird, die in anderen Staaten registriert sind, um zu vermeiden, dass die Lastwagen und Automobile aus den Nachbarstaaten mit leeren Tanks nach Argentinien kommen, um hier billiger zu tanken. Diese Preiserhöhung ist jedoch für die Tankstellenbetreiber optativ, wobei ihnen auch die Festsetzung des Ausmasses der Preisdifferenz überlassen wird.

Die Firma AES, die das Wärmekraftwerk TermoAndes in Salta betreibt, hat der Regierung angeboten, 230 MW für das nationale Verbundsystem bereit zu stellen. Das erfordert eine Leitung, die mit dem nationalen Netz verbindet, aber auch eine Erweiterung der Gasleitung, die das Werk mit Gas versorgt. Diese Investitionen fallen dem Staat zur Last.

Die nationale Berufungskammer für Verwaltungsangelegenheiten hat ein Urteil erster Instanz widerrufen, das die Pensionierungskasse für Anwälte der Stadt Buenos Aires (CASABA) ausser Kraft setzte. Somit besteht diese Kasse weiter. Der Präsident des Anwaltskollegiums der Stadt Buenos Aires, Jorge Rizzo, kündigte daraufhin an, dass er die Nullität des Kammerurteils fordern werde.

Die spanische Luftfahrtgesellschaft Air Madrid hat das Viersternehotel República gekauft, das sich auf der Strasse Cerrito, gegenüber

dem Obelisk, befindet. Das Hotel verfügt über 209 Zimmer.

Die Firma Alpagatas teilte der Börse von Buenos Aires mit, dass das Abkommen, das sie mit den Gläubigern abgeschlossen hat, um \$ 540 Mio. umzuschulden, von der Justiz genehmigt worden sei. Alpagatas hatte den Gläubigern vier Optionen angeboten, wobei die Kapitalisierung der Forderungen mit einem Abschlag von 20% von 82,86% der Gäubiger gewählt wurde, die 63,73% der Forderungen vertreten.

Die Weltbank hat am Dienstag einen Kredit für Argentinien in Höhe von u\$ 75 Mio. genehmigt, der für Infrastruktur in der Provinz Córdoba bestimmt ist. Bis Ende Jahr ist vorgesehen, dass die Bank Kredite für u\$ 800 Mio. gewährt, davon u\$ 25 Mio. für die Verbesserung der Regierungsfähigkeit, wobei nicht geklärt wurde, was das konkret bedeutet. Dann kommen noch u\$ 330 Mio. für Programme zum Schutz von Müttern mit kleinen Kindern, u\$ 200 Mio. für Gesundheit, u\$ 35 Mio. für Umweltschutz bei Bergbauvorhaben, u\$ 127 Mio. für Überlandstrassen und u\$ 25 Mio. für die Forstwirtschaft.

Die Signum-Gruppe hat u\$ 200.000 in einer Anlage zur Erzeugung von Plastikplatten investiert, die zur Herstellung von Kreditkarten u.dgl. dienen. Diese Produktion soll Importe aus Brasilien ersetzen.

Das Wirtschaftsministerium hat 496 Unternehmen mit Bussen von insgesamt \$ 4 Mio. bestraft, weil sie im ersten Halbjahr das Gesetz über kommerzielle Loyalität oder die Normen über Masse oder gegen das Rauchen verletzt haben. Ausserdem wurden 23 Banken mit \$ 38.000 wegen Verletzung des Gesetzes über Kreditkarten bestraft.

Das Studienzentrum über die neue Wirtschaft (Universität Belgrano) hat ermittelt, dass die finanziellen Treuhandfonds im Mai schon mit etwa \$ 10 Mrd. 20% der Fristdepositen erreichten.

Börsenpräsident Horacio Fargosi erklärte anlässlich der Feier zum 152. Jahrestag der Institution, dass schon über 1.000 Unternehmen die Unterbringung von vordatierten Schecks über die Börse als Finanzierungsmittel verwendeten, wobei im Juni ein Rekordumsatz erreicht worden sei. Das System ist deshalb besonders attraktiv, weil die Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen sehr gering ist, so dass die Unternehmen hier eine billigere Option als bei Bankkrediten haben. Fargosi wies ausserdem darauf hin, dass die finanziellen Treuhandfonds an der Börse dieses Jahr schon über \$ 6 Mrd. ausgegeben hätten, und dass die Börse die Möglichkeit geschaffen habe, damit kleine und mittlere Unternehmen ihr Kapital an der Börse öffnen können.

Schliesslich wies er auf das Wachstum des elektronischen Gasmarktes hin, auf dem schon 1.200 Geschäfte getätigt worden seien.

Roberto Feletti, ehemals Infrastruktursekretär der Stadt Buenos Aires und vorher Präsident der Banco Ciudad de Buenos Aires, wurde zum Vizepräsidenten der Banco Nación ernannt.

Bei vier von zehn Unternehmen, die das Arbeitsministerium im letzten Jahr kontrolliert hat, wurden nicht eingetragene Arbeitnehmer festgestellt. Die Kontrollen wurden von 850 Inspektoren bei 134.021 Unternehmen durchgeführt. Die Schwarzarbeit wurde besonders bei Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern und bei solchen, die Dienstleistungen für grössere Unternehmen durchführen, festgestellt. Dies ergab eine Rate von 23,85% der nicht registrierten Arbeitskräfte, nämlich 110.000 von 460.000, die erfasst wurden.

Die Regierung hat beschlossen, die Subvention, die die Stiftung Export-Ar für Exportförderung erhält, um \$ 3,1 Mio. zu erhöhen. Dieser Betrag stellt 50% der Mittel dar, die gegenwärtig für die Förderung argentinischer Produkte im Ausland über das Aussenministerium und sein Netz von 120 Auslandsvertretungen bestimmt sind.

Präsident Kirchner kündigte am Dienstag im Regierungsbau für Unternehmern, die Werften u. dgl. betreiben, ein Förderungsprogramm für diese Industrie durch Kredite der Banco Nación an. Auf diese Weise soll der Bau von 765 Schiffen binnen drei Jahren finanziert werden. Konkret handelt es sich um Leasing-Kredite, die von Nación Leasing für insgesamt \$ 740 Mio. gewährt werden sollen.

Die Börse von Buenos Aires hat ein Abkommen mit der Firma Solmi (San Pedro, Provinz Buenos Aires) und dem britischen Fonds „Trading Emissions“ abgeschlossen, das sich auf den Handel von Kohlendioxydscheinen bezieht. Solmi hat eine Technologie entwickelt, durch die bei Dieselmotoren ein Teil des konventionellen Treibstoffes durch Wasser ersetzt wird, was Kosten spart und die Umweltverschmutzung verringert. Das Projekt muss vom zuständigen Komit-

tee der UNO genehmigt werden. Auf diese Weise erhält das Unternehmen eine Subvention, die den Staaten zur Last fällt, die überhöhte Emissionen von Treibhausgasen ausweisen.

Die spanische Firma Nargam hat das Hotel Continental, auf der Diagonal Norte, mit 184 Zimmern, für u\$ 4,54 Mio. gekauft, dabei aber auch die Schulden in Höhe von \$ 23,7 Mio. übernommen.

Bei der Ausschreibung von ZB-Wechseln vom Dienstag wurden \$ 2,07 Mio. untergebracht, davon \$ 416 Mio. zu festen Zinssätzen und \$ 1,65 Mio. zu variablen. Für Lebac-Wechsel auf 70 Tage verblieb der Zinssatz bei 7,10%, und auf 168 Tage bei 8,50%, während er auf 245 Tage von 10,18% auf 10,06% fiel. Für 364 Tage wurden 12,15% und für 490 Tage 12,56% gezahlt. Die Ausschreibung für Wechsel auf zwei Jahre wurde nicht zugeteilt, weil die ZB die geforderten Zinsen als zu hoch erachtete.

Der monatliche monetäre Bericht der ZB weist darauf hin, dass die Zielsetzungen für das 2. Quartal eingehalten wurden. Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten in Händen des Publikums plus Girokonten) betrug durchschnittlich \$ 109,8 Mrd., knapp 1,8% über der unteren Marge, die das Programm vorsieht. Im Juni stieg das M2 um \$ 1,2 Mrd., was 1,2% ausmacht, während die Zunahme im Juni 05 doppelt so hoch war. Im Juni nahmen die Fristdepositen um \$ 3,12 Mrd. zu. Die Dollardepositen sind im Laufe des Jahres um eine Milliarde auf u\$ 5 Mrd. gestiegen. Die ZB hat im Juni zweifach die Zinssätze für aktive Swap-Geschäfte und einmal für passive Geschäfte um 0,25% erhöht. Die Kredite an den Privatsektor nahmen im Juni um \$ 2,5 Mrd. zu, was 4,2% darstellt. Die Währungsreserven stiegen im Juni um u\$ 1,33 Mrd. (5%) auf u\$ 25,5 Mrd. Der reale multilaterale Wechselkurs des Peso erfuhr im Juni eine Aufwertung von 1,2% gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner.

Die Regierung hat die Gehälter der aktiven Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte um 19% erhöht, davon 10% ab 1. Juli und 9% ab 1. September. Das betrifft 163.843 Personen (76.904 Mitglieder der Streitkräfte, einschliesslich ziviles Personal, 38.377 Mitglieder der Bundespolizei,

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Matias Persichini, am 12.7.

Todesfälle

Frida Hilda Garz geb. Pischner, 88, am 7.7.

Georg Bobber, 98, am 8.7.

Maria Luisa Oberbeil geb. Beckmann, 92, am 8.7.

Beate Vogel geb. Hamburger, am 11.7.

Lothar Bierhoff, 82, am 13.7.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

21.533 der Gendarmerie, 15.386 der Marinepräfektur, 8.784 des Zuchthausdienstes, 2.122 der Luftfahrtpolizei und 737 der Direktion der Militärfabriken) und belastet die Staatsfinanzen mit \$ 1,3 Mrd. jährlich (\$ 400 Mio. in diesem Jahr). Die Zulage gilt nur für diejenigen, die sich im aktiven Dienst befinden, nicht für diejenigen, die im Ruhestand sind.

Die Reifenfabrik Firestone, die der japanischen Bridgestone gehört, hat u\$ 4 Mio. investiert, um einen neuen radialen Reifen für Kleinlaster zu erzeugen, bei dem Russ durch Silikone ersetzt wird, die umweltfreundlicher sind. Firestone führt ein Investitionsprogramm von insgesamt u\$ 50 Mio. binnen 5 Jahren durch, und will seine Marktbelastung um 5 Punkte auf 32% erhöhen.

Die Unternehmen der Milchindustrie versuchten, die Regierung zu überzeugen, dass eine Revision des Stillhalteabkommens notwendig sei, das Ende 05 unterzeichnet worden ist, und forderten Preiserhöhungen zwischen 5% und 7% für bestimmte Produkte. Der Antrag wurde abgewiesen. Binnenhandelssekretär G. Moreno stellte hingegen eine Verringerung des Exportzoll auf Trockenmilch und Käse in Aussicht. Die Unternehmer wiesen darauf hin, dass ihre Preise seit Monaten eingefroren seien, dass aber ihre Kosten ständig zunehmen, angefangen mit Löhnen und Gehältern, die um 20% erhöht worden sind. Die Industrie ist dadurch angeblich in die Verlustzone geraten.

Der Index des Verbandes „Construya“, der auf der Grundlage von Daten von 14 Unternehmen berechnet wird, die Baumaterialien liefern, weist für Juni eine interanuelle Zunahme von 25% aus, jedoch eine Abnahme von 2,07% gegenüber Mai 06. Der Index (der seit 1993 berechnet wird) liegt im Juni um 14% über dem Rekordstand von 1998.

Die schwedische Firma „Global Refund“, die sich mit der Verwertung des Systems der Rückgabe der MwSt. an Touristen befasst, die in Argentinien einkaufen, berichtet, dass diese Käufe im Juni um 58% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen sind. In 6 Monaten betrug die Zunahme 64%. An der Spitze der Käufer standen Brasilianer, mit 22%, gefolgt von Chilenen mit 19% und Uruguayern mit 11%. Nordamerikaner, die früher an meisten kauften, sind jetzt weniger stark aufgetreten.

Mit der Verabschiedung durch den Senat tritt die Reform des Gesetzes über die Bekämpfung der Geldwäsche in Kürze in Kraft. Das Verwaltungsamt, das sich mit dieser Frage befasst, die „Einheit für Finanzielle Information“ (Unidad de información financiera, UIF) wurde ermächtigt, Bankkonten zu untersuchen, so dass hier kein Bankgeheimnis gilt. Ausserdem wurde das Steuergeheim-

nis auch teilweise abgeschafft, nämlich wenn es sich um Anzeigen der AFIP vor der UIF handelt. Es wird jetzt erwartet, dass die Regierung den Präsidenten und den Vizepräsidenten der UIF ernannt. In Zukunft ist für diese Ernennungen ein System der Konsultation bei privaten Organisationen vorgesehen, die sich u.a. mit dieser Problematik befassen.

Der Verband der Unternehmen, die Strom verteilen, gab bekannt, dass der Konsum von elektrischem Strom im Juni um 7,01% über dem gleichen Vorjahresmonat lag, wobei er in Santiago del Estero um 11,9%, in Misiones um 10,9% und in La Pampa um 10,1% gestiegen ist. Die Stadt und die Provinz Buenos Aires, die 54% des nationalen Stromkonsums ausmachen, hatten eine Zunahme von 8,57%. Ein Teil der Konsumzunahme erklärt sich durch den Umstand, dass die Durchschnittstemperatur im Juni 06 um 1,5 Grad unter der von Juni 05 lag.

Der Präsident von Telefónica Internacional, José María Alvarez Pallete, erklärte am Mittwoch in Spanien, die Firma werde die Klage beim ICSID (das Weltbankschiedsgericht für Konflikte von Unternehmen mit Staaten) gegen den argentinischen Staat nicht definitiv aufheben, bis nicht ein neues Fernverbindungsgesetz gilt, das ein langfristiges Wachstum auf diesem Gebiet möglich macht. Er sagte, die Verhandlungen mit der argentinischen Regierung seien fortgeschritten, so dass er erwarte, dieses Jahr zu einem Abkommen zu gelangen. Vorläufig hat die Firma das ICSID-Verfahren eingefroren. Im Februar, anlässlich des Besuches des spanischen Aussenministers Miguel Angel Moratínos in Argentinien, ist ein Verständigungsabkommen unterzeichnet worden, das dann in einer öffentlichen Audienz in Mar del Plata am 28.4.06 diskutiert worden sei. Die Regierung habe sich verpflichtet, die Zeitspannen („bancas horarias“) zu vereinheitlichen und die Tarife für Anrufe aus dem Ausland, zu verdreifachen. Ausserdem habe sich die Regierung verpflichtet, ein Gesetzesprojekt im Kongress einzubringen, was noch nicht geschehen ist.

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, gab die Kündigung des Vertrages mit dem Unternehmen Aguas del Gran Buenos Aires an, das die Wasserver- und -entsorgung in den Bezirken Malvinas Argentinas, General Rodríguez, Merlo, Moreno, San Miguel, José C. Paz und Escobar betreibt. Das Unternehmen hatte die Konzession 1999 erhalten und sich verpflichtet, \$ 250 Mio. zu investieren, um den Dienst auf weitere 1,7 Mio. Personen auszuweiten. Die Provinzregierung weist darauf hin, dass das Unternehmen diese Verpflichtung, sowie die Einrichtung von Messgeräten und die Verbesserung der Tarifordnung nicht erfüllt habe. Der Fall ist ähnlich wie

Liberalisierung der Dienstleistungen im Mercosur

Alfredo Chiaradía, Staatssekretär für Aussenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen im Aussenamt, gab bekannt, dass bei der Mercosur-Konferenz der Präsidenten, die am Donnerstag in Córdoba stattfindet, Brasilien sich bereit erklären wird, den freien Handel innerhalb des Mercosur für Dienstleistungen schrittweise zu verfügen, was sich auf Fernverbindungen, juristische Dienste, Tourismusagenturen, Transport u.a. bezieht. Chiaradía wies darauf hin, dass in Argentinien diese Dienstleistungen schon in den 90er Jahren liberalisiert worden seien, so dass kein Problem bestünde.

Ausserdem soll bei öffentlichen Ausschreibungen argentinischen Unternehmen die gleiche Behandlung wie den brasilianischen gewährt werden. In diesem Sinn soll in Córdoba auch ein Mercosur-Protokoll für Staatskäufe genehmigt werden.

Ausserdem soll auch ein neues Abkommen mit Kuba unterzeichnet werden, durch das die Mercosur-Zölle für 1.300 Produkte abgeschafft oder verringert werden, wobei die Zahl der Produkte später auf 2.700 steigt. Hingegen werde es nicht möglich sein, ein Freihandelsabkommen mit Israel zu unterzeichnen, weil dieses Land sich weigert, die Landwirtschaft zu öffnen. Indessen soll ein Rahmenabkommen mit Pakistan unterzeichnet werden, das die Grundlagen für einen Vertrag über sogenannte „feste Präferenzen“ setzt, was eine Teilliberalisierung bedeutet.

der von Aguas Argentinas; denn die Einfrierung der Tarife in Pesos hat den Investitionen die Finanzierungsgrundlage entzogen.

Die argentinische Handelskammer hat vom Wirtschaftsministerium gefordert, dass die AFIP die Zinsen, die bei verspäteten Rückgaben von einbehaltenen Steuern und Zahlung von Rückvergütungen berechnet werden, auch erhöht, nachdem der Satz für Steuerschulden von 1,5% auf 2% gesteigert und der Strafsatz von 2,5% auf 3% monatlich erhöht worden ist.

Die portugiesische Sogrape, die 1998 die Weinkellerei Finca Flichman in Mendoza von der Wertheim-Gruppe gekauft hat und seither schon u\$ 52 Mio. investiert hat, hat Investitionen von u\$ 4,5 Mio. zur Erweiterung der Kapazität der Weinkellerei und von u\$ 2 Mio. für neue Weinreben angekündigt. Die Firmenleitung gab an, dass die Weinkellerei in Barrancas, die eine Kapazität von 12 Mio. Litern habe, mit einer Auslastung von 90% tätig sei. Der Umsatz sei dieses Jahr um 35% gestiegen, davon 45% beim Export und 28% auf dem internen Markt.

Die Weinlieferungen der lokalen Kellereien für den Binnenkonsum lagen im Mai mit 967.503 Litern um 8,8% über dem gleichen Vorjahresmonat.

Der Landwirtschaftsverband „Confederaciones Rurales Argentinas“, der mehrere Verbände im ganzen Land vereint, hat zu einem viertägigen Streik zwischen dem 22. und dem 25. Juli aufgerufen. An diesen Tagen sollen die Landwirte weder Rinder, noch sonst irgend ein Produkt, kaufen oder verkaufen, mit Ausnahme der Tiere, die für die landwirtschaftli-

che Ausstellung in Palermo besimmt sind, die der Verband „Sociedad Rural Argentina“ jedes Jahr durchführt. Die Landwirte fordern die volle Aufhebung der Exportsperr für Rindfleisch und des Mindestgewichtes für Rinder, die an Schlachthöfe geliefert werden, die Abschaffung der Exportzölle für Milch und die Abschaffung der Erhöhung der Referenzpreise, auf die der Exportzoll für Weizen berechnet werden.

Der Gouverneur von Santiago del Estero, Gerardo Zamora, hat mit der Firma Vilucco einen Absichtsbrief unterzeichnet, um eine Fabrik für Bio-dieseltreibstoff für u\$ 38 Mio. zu errichten. Die Provinzregierung wird für 30% der Investition aufkommen.

Die Bank BBVA Banco Francés hat der Börse den Verkauf der Finanzgesellschaft Credilogros an die Banco de Servicios y Transacciones für u\$ 19,7 Mio. mitgeteilt. Das Finanzunternehmen hat 35 Agenturen, Aktiven von \$ 100 Mio., beschäftigt 228 Angestellte und hat 68.000 Kunden.

Der Staatssekretär für Industrie und Handel, Miguel Peirano, kündigte an, dass die Firma Deutz Agco Motoren vor Ende Jahr in Argentinien Motoren für Strassenbaumaschinen erzeugen wird, die gegenwärtig importiert werden.

Der Staatssekretär für Entwicklung von Brasilien, Ivan Ramalho, traf in Buenos Aires in Begleitung von Schuhfabrikanten ein, um gegen die Kontingentierung der Schuhimporte aus seinem Land zu protestieren. Staatssekretär Peirano weigerte sich, diesem Antrag stattzugeben, willigte jedoch in einer Erhöhung der Quote von gegenwärtig 13 Mio. Paar jährlich ein, die bis zum

30. Juni gültig war, wobei das Wachstum der argentinischen Wirtschaft und des Schuhmarktes berücksichtigt werden soll. Ramalho wies darauf hin, dass die Beschränkung der brasilianischen Lieferungen zu einer Erhöhung der Importe aus China geführt habe, statt nur die argentinische Industrie zu begünstigen.

Die Stahlindustrie hat mit der Metallarbeitergewerkschaft UOM ein Abkommen vereinbart, das eine Lohnerhöhung von 19% ab 1. Juni vorsieht, plus einen einmaligen festen Betrag von \$ 200, der im September bezahlt wird. Dieser Gesamtarbeitsvertrag umfasst 8.000 Personen.

Die Überschwemmung des Neuquén-Flusses hat am Donnerstag die Leistung des Gasvorkommens „Loma de la Lata“ verringert, was zu geringeren Gaslieferungen nach Chile geführt hat.

Das Wirtschaftsministerium hat das Programm „Mi PC“ erneut in Angriff genommen, das den Kauf von Computern zu angemessenen Preisen in bis zu 40 Raten, mit Fi-

nanzierung der Banco Nación und anderen acht Banken, vorsieht. 05 wurden im Rahmen dieses Plans 110.000 PC verkauft; dieses Jahr will die Regierung auf 150.000 gelangen.

Im 1. Halbjahr lag die Roheisenproduktion laut Angaben des Hüttenverbandes CIS um 8,1% über dem Vorjahr, und die von Rohstahl um 5,3% darüber. Im Juni lagen die interanuellen Zunahmen bei 7,5% und 11,1%.

Der Forstwirtschaftsverband AFOA (Asociación Forestal Argentina) nahm Stellung für die Errichtung der Zellulosefabriken in Uruguay, und wies darauf hin, dass Argentinien seine eigene Forstwirtschaft vernachlässige. Das Gesetz 25.088 über Aufforstung habe sich zum Ziel gesetzt, auf 2 Mio. ha mit künstlichen Wäldern zu gelangen. In dessen verbleibe die Fläche bei 1,1 Mio. ha. Das Gesetz werde gegenwärtig nicht erfüllt. Der Verband wies darauf hin, dass Argentinien kurzfristig auch neue Zellulosefabriken benötigen werde.

tigen Wirtschaftspolitik nicht geändert werden. Lavagna setzt sich entschieden für Stabilität ein, und konkret auch für einen real hohen Wechselkurs und Überschuss bei den Staatsfinanzen. Selbstverständlich will er das Wachstum der Wirtschaft beibehalten, aber er meint, die Wachstumsrate müsse geringer als bisher sein, um beständig sein zu können. Er hat, schon als Minister, stets auf die Notwendigkeit hingewiesen, die starke Volatilität, die die argentinische Wirtschaft gekennzeichnet hat, zu überwinden. Er spricht von der Sorge um die „makroökonomischen Gleichgewichte“, die nach seiner Meinung in den 90er Jahren nicht eingehalten worden seien. Das bezieht sich konkret auf den Umstand, dass das Haushaltsdefizit, auf die Dauer mit der Konvertibilität unvereinbar war. Per Saldo ergibt sich ohne grosse Schwankungen ein höheres Wachstum mit weniger Konflikten. Grundsätzlich ist Lavagna ein rationell denkender und wirklichkeitsnaher Pragmatiker, weit entfernt vom Fundamentalismus der Liberalen auf der einen und der Sozialisten auf der anderen Seite. Gerade dies gibt ihm die Möglichkeit, ein Kompromisskandidat zu sein, der allgemein gut ankommt. Das Volk erwartet gegenwärtig keine Wunder und hört weniger auf Befürworter einer Umwälzung, die von heute auf morgen Wohlstand für alle und für jeden versprechen. Es will zunächst nicht verlieren, was nach der tiefen Krise von 2001/02 schon erreicht worden ist, und dann, dass dieser Weg weiter beschritten wird, mit den notwendigen Korrekturen, bei denen wohl unterschiedliche Vorstellungen vorherrschen. Vor allem will man mehr Sicherheit; aber das ist vorläufig nicht das spezifische Thema von Lavagna, der die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt stellt.

Die Zeitung „La Nación“ veröffentlichte in ihrer letzten Montagausgabe ein Interview, das Lavagna in Frankreich gegeben hat, wo er einem Kongress über Wirtschaft beiwohnte, bei dem auch Pascal Lamy, Generalsekretär der WHO, Jean Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, der Philosoph Francis Fukuyama u.a. Persönlichkeiten anwesend waren. Lavagna pflegt gute Beziehungen zu wichtigen Persönlichkeiten der Welt und kennt sich auf dem internationalen Szenarium gut aus. Auch das unterscheidet ihn von Kirchner. Im Gegensatz zu diesem, hat er die globalisierte Welt,

wie sie effektiv funktioniert, begriffen, und lässt sich nicht auf Phantasien ein, wie die Allianz mit Venezuela und Kuba.

Als Botschafter vor der EU und der WHO, was er bis zu seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister war, hat er eine hervorragende Rolle gespielt und u.a. erreicht, dass Argentinien die Führung der Cairns-Gruppe (Länder, die die Landwirtschaft im Prinzip nicht subventionieren) übernahm, die vorher Australien hatte, das als Mitglied des britischen Commonwealth eine mildere Haltung gegenüber dem Protektionismus und den Subventionen der Landwirtschaft durch die fortgeschrittenen Staaten einnahm. Er hat sich dabei zu einem hervorragenden Kenner der Problematik des Welthandels entwickelt.

Lavagna hat in dieser Unterredung wichtige Unterschiede zur bestehenden Wirtschaftspolitik hervorgehoben, nachdem er vorher schon die Art und Weise der gegenwärtigen Preispolitik kritisiert hatte, wobei dies nicht eine Kritik der Einkommenspolitik als solcher bedeutet, die auch für ihn ein wertvolles Instrument zur Inflationsbekämpfung ist. Abkommen mit Unternehmen passen auch in sein Konzept. Lavagna hat sich beim letzten Interview ausdrücklich für einen Dialog und für die Diskussion der Themen eingesetzt, aber gleichzeitig die Entscheidungsgewalt des Präsidenten hervorgehoben. „In unserem Fall“, sagte er, „besteht eine Konfusion zwischen einem starken und einem isolierten Präsidenten.“ Er betonte dann den Unterschied zwischen Stärke bei der Ausübung der Macht und Autismus. Beiläufig hat Lavagna auch darauf hingewiesen, dass die institutionellen Verfahren eingehalten werden müssen, wie es bei allen modernen Staaten bei Entscheidungen der Fall sei, womit er gegen die Gewährung von Vollmachten Stellung genommen hat. All das ist eine scharfe Kritik am Regierungsstil Kirchners, von dem er sich deutlich unterscheiden will, wie es für einen Wahlfeldzug notwendig ist.

Er hob dann die Differenzierung gegenüber Kirchner noch bei der Frage der staatlichen Unternehmertätigkeiten deutlich hervor. Er wies kritisch auf den Rückzug von Suez und die Rückverstaatlichung von „Aguas Argentinas“ hin, wobei er betonte, dass das Unternehmen der Gewerkschaft übergeben worden sei. Dann wies er auf die Sinnlosigkeit einer Min-

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Lavagna differenziert sich von Kirchner

Der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna ist zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 2007 aufgerückt, ohne sich formell aufzustellen und ohne eine Parteigrundlage zu haben. Alfonsín u.a. Politiker haben direkt oder unterschwellig die Möglichkeit erwähnt, Lavagna als Kandidaten einer losen Koalition von Oppositionsparteien und -gruppen zu nominieren, und schon stand er im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Kirchner hat sofort erkannt, dass Lavagna und nicht Lilita Carrió oder sonstwer sein Gegner ist, was eine heftige Kritik von seinen Leuten gegen seinen ehemaligen Minister entfachte, die Lavagna erst recht ins Rampenlicht stellte.

Lavagna hat offensichtlich eine gute Erinnerung an seine Wirkung als Wirtschaftsminister von März 2002 bis November 2005 hinterlassen. Für die breite Öffentlichkeit ist er der Mann, der die Hyperinflation vermieden hat, die bei seinem Amtsantritt im Volksbewusstsein vor der Tür stand. Ausserdem wird der Aufschwung, den die Wirtschaft kurz nach seinem Antritt erlebte, auf sein Konto gebucht. Denn dieser begann ein Jahr bevor Kirchner als Präsident antrat, wobei die Umfragen seinerzeit ergeben hatten, dass etwa 5 Punkte der 22%, die Kirchner bei den Wahlen erntete, auf die Tat-

sache zurückzuführen waren, dass er im Wahlfeldzug angegeben hatte, Lavagna werde weiterhin Wirtschaftsminister bleiben.

Lavagna hat im Gegensatz zu Kirchner eine freundliche Art und weiss es, harte Entscheidungen hinter einem diskreten Lächeln zu verstecken. Er hat stets Aggressionen vermieden und den Dialog erhalten. Er hat als Wirtschaftsminister bei konfliktiven Themen eine unnachgiebige Haltung eingenommen und weder demagogisch gehandelt, noch den Lobbies Spielraum gegeben. Kirchner mag gemäss Umfragen eine hohe Popularität aufweisen, hat jedoch auf der anderen Seite viele Feinde oder zumindest Personen und Gruppen, die ihn nicht mögen und auf alle Fälle nicht wählen werden. Lavagna hingegen hat vorläufig weniger konkrete Zustimmung, hingegen auch kaum Feinde oder Personen und Gruppen, die ihn verabscheuen. Er ist der ideale Kompromisskandidat. Wenn Kirchner oder seine Frau die Wahl nicht in der ersten Runde gewinnen, ist es gut möglich, dass Lavagna in der zweiten Runde die Stimmen all derjenigen vereint, die gegen Kirchner gewählt haben. Und das wäre eine mögliche Mehrheit.

Der ehemalige Wirtschaftsminister steht einerseits dafür ein, dass die Grundzüge der gegenwärtigen

derheitsbeteiligung bei "Aerolinas Argentinas" hin. Er sagte: "Die Regierung irrt, wenn der Staat sich an Unternehmen beteiligt, die in privaten Händen sein können. Er hat weder das Geld noch die Verwaltungsfähigkeit. Die staatlichen Mittel müssen in grundsätzlichen öffentlichen Diensten konzentriert werden: Erziehung, Gesundheit, soziale Themen im allgemeinen, Sicherheit und institutionelle Strukturen." Er wies auch darauf hin, dass auf den Gebieten Erziehung, Gesundheit und Sozialproblematik spezifische Politiken notwendig seien, wobei er bei letzterer die bestehende Verzettlung der Programme kritisierte. Lavagna äussert somit zum ersten Mal ein klares Konzept gegen den Unternehmerstaat, bei dem er, ohne es zu sagen, der Politik der Menem-Regierung viel näher als der von Kirchner steht. Das ist ein besonders wichtiger Punkt.

In diesem Sinn sind seine Äus-

Senkung der Höchstgrenze für Bankdarlehen an den Staat

Die ZB hat verfügt, dass die Banken ab 1. Juli nur bis zu 35% ihrer Aktiven dem Staat leihen dürften, was sowohl die Haltung von Staatspapieren, wie auch direkte Kredite umfasst. Bisher betrug die Grenze 40%, was schon eine Verringerung war, da vorher, als es keine Grenze gab, der Staatsanteil zeitweilig auf über 50% gestiegen war. Das war eine offene Sinnentfremdung des Bankensystems; denn die Banken sind in einer Marktwirtschaft dazu da, der Privatwirtschaft Geld zu leihen und auch, um Staatspapiere und private Titel unterzubringen, aber nicht um sie als eigene Anlage zu behalten, es sei denn kurzfristig, wenn sie zeitweilig überschüssige Liquidität haben.

Diese Massnahme vermittelt ein doppeltes Signal: einmal, dass der Staat dank Überschuss bei seinen Finanzen nicht mehr auf die Banken angewiesen ist, und dann, dass die Wirtschaft zunehmend mit mehr Kredit versorgt werden soll, um das Wachstum weiterhin möglichst zu machen und eventuell zu fördern. Beides ist positiv zu werten.

Als die Grenze von 40% eingeführt wurde, haben die Banken Nación, Francés, Rio u.a. ihr Portefeuille von Staatspapieren zum Teil verkauft und/oder ihre garantierten Kredite an den Staat, die aus dem Jahr 2001 stammen, als Cavallo eine erste Umschuldung

serungen über den Beitritt von Venezuela zum Mercosur bezeichnend. "Dieser Eintritt", sagte er, "betrifft das demokratische Image und die Marktwirtschaft. Hier zitiere ich (Lavagna) nur den Präsidenten Hugo Chávez, der gesagt hat, er wolle eine sozialistische Wirtschaft." Nun, in gewissen Sinn will auch Kirchner eine sozialistische Wirtschaft, während sich Lavagna für eine Marktwirtschaft mit starkem sozialen Inhalt einsetzt. Das ist jedoch etwas grundsätzlich anderes. In der Tat lässt sich die Sozialpolitik nur auf der Grundlage einer gut funktionierenden Marktwirtschaft ausbauen, die die Mittel schafft, die der Staat für diesen Zweck benötigt, wobei diese dann effizient verwendet werden müssen. Wenn der Staat sich an Unternehmen beteiligt und versucht, bei den Entscheidungen mitzumischen, dann gibt es schliesslich weniger Mittel für soziale Zwecke.

vornahm, in Fonds einbrachten, deren Anteile dann privat untergebracht wurden. So sank der durchschnittliche Anteil der Finanzierung des Staates zunächst im April 2005 auf 37% und dann ein Jahr später auf 27,7%. Dabei war das Verhältnis bei den Privatbanken mit 24,3% noch geringer. Obwohl die meisten Banken ohnehin unter der neuen Höchstgrenze von 35% liegen, gibt es einige, wie die Banken der Provinz Buenos Aires und der Provinz Córdoba, die über der neuen Grenze liegen und jetzt in Zugzwang geraten.

Für die Banken ist der Kauf von Staatspapieren verwaltungsmässig einfach und theoretisch risikofrei. Das Default von 2002 und die Umschuldung mit hohem Abschlag, drastischer Verringerung der Zinsen und Streckung der Verfallfristen hat gezeigt, dass auch diese Anlage mit Risiko behaftet ist. Dennoch besteht bei den Banken die Meinung, dass sich so etwas in absehbarer Frist nicht wiederholt, so dass sie weiter eine Präferenz für Staatspapiere haben, sofern die Renditen interessant sind, die ihnen ausserdem die Verwaltungsarbeit ersparen, die sie bei der Gewährung von Krediten an die Privatwirtschaft haben.

Die Banken sind bei der Kreditgewährung nach der Erfahrung der Krise 2001/02 sehr vorsichtig geworden, so dass viele Unterneh-

men heute keinen Zugang zum Bankkredit haben, oder nur zu sehr hohen Zinssätzen. Die ZB-Normen über Kreditgewährung wurden schon gelockert, um formelle Hindernisse zu beseitigen. Aber das genügt nicht. Im Prinzip sollten sich die Banker viel mehr an ihre eigene Risikoerwägung halten dürfen, als an starre ZB-Normen, die in vielen Fällen wirklichkeitsfremd sind. Die Einschätzung des Verhaltes des Unternehmers ist bei Kleinunternehmen wichtiger als die Bilanzen.

Dennoch sind laut Mario Vicens, Präsident des Bankenverbandes ABA (Asociación de Bancos Argentinos), die Kredite an den Privatsektor in letzter Zeit um 35% bis 40% jährlich gestiegen, also weit mehr als das BIP zu laufenden Werten. Auch sagte Vicens, dass die Kosten der Kredite niedriger als zur Zeit der Konvertibilität seien. ABA berichtet, dass im 1. Quartal 2006 neue Kredite an den Privatsektor für \$ 44,44 Mrd. gewährt wurden, während es 2005 \$ 33,70 Mrd., 2004 \$ 22,62 Mrd. und 2003 \$ 12,28 Mrd. waren. Von den Krediten sind \$ 17,28 Mrd. mittel- und langfristig, während es 2005 nur \$ 13,20 Mrd., 2004 \$ 7,26 Mrd. und 2003 \$ 2,78 Mrd. waren. Dabei wurden von den Krediten, die im 1. Quartal 2006 vergeben wurden, 57% an Unternehmen und 43% an Privatpersonen vergeben. Der Anteil des Konsumkredites erscheint für ein

Land mit Kreditknappheit zu hoch.

Der Gesamtkredit an die Privatwirtschaft liegt mit fast 10% des BIP immer noch anormal niedrig, umso mehr als nur 57% dazu bestimmt ist, Unternehmen zu finanzieren. Es ist nicht leicht zu erklären, wie die Wirtschaft in den letzten Jahren bei einer so niedrigen Kreditdeckung so stark wachsen konnte. Zur Zeit der Konvertibilität lag der Kredit an die Privatwirtschaft über 20%, und in fortgeschrittenen Staaten sind Koeffizienten von über 50% üblich. Es ist positiv, dass die ZB sich bemüht, mehr Mittel für die Privatwirtschaft bereit zu stellen, indem der Staat die Banken weniger beansprucht. Aber das Grundproblem liegt bei den Depositen, die real nach der Abwertung stark abgenommen haben und immer noch weit unter dem Stand von Anfang 2001 liegen, als der Depositenabfluss noch nicht eingesetzt hatte. Die argentinische Bevölkerung spart eben weitgehend in Dollar und gelegentlich auch in Euro, sei es durch Haltung von Banknoten oder durch Konten im Ausland. Es wird lange dauern, diese fest verankerte Gewohnheit zu überwinden. Der Schaden, der Anfang 2002 durch die Pesifizierung der Dollardepositen zu \$ 1,40 und deren Einfrierung geschehen ist, wirkt sich langfristig aus, und das lässt sich nicht ändern.

Die neuen Kontrollen der Rindfleischwirtschaft

Santiago Montoya, Unterstaatssekretär für öffentliche Einnahmen der Provinz Buenos Aires, bemüht sich mit wenig orthodoxen, aber effektiven, Methoden um die Eintreibung der provinziellen Steuern. Jetzt hat er die Schlachthöfe der Provinz im Visier, die gemäss seinen Aussagen 90% der provinziellen Bruttoumsatzsteuer hinterziehen. Das nationale Amt für öffentliche Einnahmen, AFIP, hatte für 1997 schon eine Hinterziehung nationaler Steuern festgestellt, die sich an die Milliarde Pesos, damals gleich Dollar, herannahte. Montoya dürfte somit mit seiner Schätzung nicht weit von der Wirklichkeit entfernt liegen.

Damals unternahm der Landwirtschaftssekretär Felipe Sola, heute Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Schritte, um eine private Kontrolle der Schlachthäuser zu verpflichten, um der AFIP dann die Daten über Zahl und Art der geschlachteten Tiere, sowie

deren Lieferanten und auch derjenigen, die das Fleisch beziehen, zu vermitteln. Doch Solá trat damals zurück, bevor dies durchgeführt werden konnte, und seine Nachfolger liessen die Initiative versanden. Der Einfluss und Druck derjenigen, die an der Beibehaltung des Statu quo interessiert waren, war eben sehr gross, und das Interesse der Regierung, Ordnung auf diesem Gebiet zu schaffen, zu gering. Es hiess immer wieder, das Kontrollamt des Landwirtschaftssekretariates, ONCCA, und die AFIP würden die Arbeit verrichten, was dann jedoch nicht der Fall war. Oft wurden AFIP Inspektoren von den Schlachthofunternehmern bedroht, wobei man auch Schmiergelder nicht ausschliessen kann. Der Staat hat bei seiner Kontrolltätigkeit auf diesem Gebiet total versagt; nur private Kontrollfirmen, die sich ernsthaft mit den Kontrollen befassen und die Verträge in diesem Sinn verlieren,

wenn sie keine konkreten Ergebnisse aufweisen, können das Problem effektiv lösen.

Die vorgesehene Kontrolle der Schlachthöfe hätte auch erlaubt, den Rinderbestand der Landwirte zu ermitteln, den viele, wenn nicht die meisten Viehzüchter, zu niedrig angeben, um Steuern zu sparen. Tatsache ist, dass die Verteilung von Impfstoff für die Maul- und Klauenseuche eine wesentlich höhere Zahl von Rindern ergibt, als sie das Landwirtschaftssekretariat auf Grund der eidesstattlichen Erklärungen der Landwirte ermittelt. Ausserdem kann bei der Feststellung derjenigen, die das Fleisch beziehen, auch die Vertriebskette kontrolliert werden.

Das Montoya sich jetzt mit dieser Problematik befasst, ist positiv, klingt jedoch sonderbar, da der Fall die AFIP noch viel mehr betrifft, als das provinzielle Amt. Ausserdem handelt es sich um ein nationales Problem, das nicht nur die Provinz Buenos Aires angeht. Denn wo die provinzielle Umsatzsteuer hinterzogen wird, wird bestimmt auch die MwSt. nicht ge-

zahlt, wobei dann wohl auch Soziallasten u.a. Steuern bei Seite gelassen werden. Die Kontrolle müsste unter der Schirmherrschaft des Nationalstaates stehen.

Montoya hat zunächst damit begonnen, die Lastwagen mit Waren zu kontrollieren, was sich nicht auf den Rinder- und Fleischtransport beschränkt, sondern auch andere Branchen umfasst. Dabei wird ermittelt, ob die Dokumentation, die diesem Transport zu Grunde liegt, in Ordnung ist. Wenn dies nicht der Fall ist, wird die Ware beschlagnahmt. Das hat bei den Landwirten zu erheblicher Aufruhr geführt, die ohnehin wegen des Preisrückganges der Rinder um etwa 30% als Folge des Exportverbotes protestieren und mit einem Streik gedroht haben. Das sollte man jedoch nicht zu ernst nehmen; denn die Landwirte müssen schliesslich ihre Rinder verkaufen. Doch kurzfristig kann eine Zurückhaltung bei den Lieferungen von Rindern den Markt stören und eine Hausse herbeiführen. Die Schlachthofunternehmer sind ihrerseits bei der Justiz wegen der

Beschlagnahme vorstellig geworden, die angeblich keine legale Grundlage hat. Mit oder ohne Beschlagnahme, beginnt auf alle Fälle ein Verfahren gegen die für einen nicht ordentlich dokumentierten Transport Verantwortlichen, sei es von Rindern oder von Rindfleisch oder anderer Waren.

Eine strenge Kontrolle der Rindfleischindustrie könnte dann auch die sanitären Bedingungen der Schlachthöfe kontrollieren. Ein Gesetz vom Jahr 1972 sieht vor, dass alle Schlachthöfe die gleichen Bedingungen erfüllen müssen; aber faktisch erfüllen sie nur die Exportschlachthäuser, so dass zwei getrennte Industrien bestehen, was sehr irrational ist. Wenn die Kontrollen zu einer einheitlichen Industrie führen, bei der alle ihre Steuern bezahlen, dann könnten die Schlachthöfe sowohl für den Binnenmarkt, wie für den Export liefern, und auch die Rinderlaiber in diesem Sinn aufteilen, da bestimmte Teile im Inland Vorzug geniessen und andere vorwiegend exportiert werden. Wenn in den USA der Rindfleischexport

zurückgeht, dann teilt sich das auf alle Schlachthöfe auf, während dies in Argentinien nur die Exportschlachthöfe betrifft, die deshalb hohen Schwankungen ausgesetzt ist. Viele Exportschlachthöfe, die modern eingerichtet waren, sind in der Vergangenheit zu Grunde gegangen, während gleichzeitig andere, die primitiv ausgestattet sind, weiter bestanden. Es hätte genau umgekehrt sein sollen.

Eines der Merkmale, die Präsident Kirchner kennzeichnen, besteht darin, dass er sich von den korporativen Interessen nicht beeinflussen lässt. Das ist gut so, auch wenn er dabei wohl zu weit geht und meistens einen echten Dialog scheut und auch auf vernünftige Vorschläge der einzelnen Interessengruppen nicht hört. Jetzt bietet ihm Montoya die Gelegenheit, die Rindfleischwirtschaft in Ordnung zu bringen. Ob er sie jedoch beim Schopf greift, sei dahingestellt. Denn die zuständigen Beamten erklären ihm den Fall nicht, weil sie ihn selber nur oberflächlich kennen und nicht wissen, was getan werden muss.